

konnte „eine dauerhafte Entfremdung zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg“ nicht aufhalten (Thomas Stamm-Kuhlmann). Preußische Konservative wie die Brüder Gerlach hielten zwar an den Prinzipien der Heiligen Allianz fest, doch dass sie nicht „durch Thaten“ aufrechterhalten wurde, galt ihnen als „Kardinalfehler der Politik des 19. Jahrhunderts“ (Hans-Christof Kraus).

Die militärischen Interventionen in revolutionäre Bewegungen Südeuropas, die mit Berufung auf die Heilige Allianz stattfanden (Dietrich Klein, Emmanuel Larroche, auch Olivier Tort mit Blick auf Chateaubriands Wirken auf dem Kongress von Verona), legten offen, dass die Reformziele dem Willen zur monarchischen Selbstbehauptung gewichen waren. Gleichwohl, es gilt zu betonen, dass die Heilige Allianz große Nachwirkungen zeigte. Das gilt für die internationale Publizistik (Wolfgang Schmale mit einem methodisch interessanten Zugang zu dem Google-Quellenkorpus) ebenso wie für die bildliche Darstellung (Christian Scholl). Und selbst ein Kritiker der Heiligen Allianz wie Friedrich von Gentz („une nullité politique“) sah in ihr mit der Selbstverpflichtung Russlands auf eine konsensuale Großmachtpolitik etwas Positives (Günther Kronenbitter). Sie nahm die Friedenssehnsucht der damaligen Zeit auf und suchte nach Möglichkeiten, diese politisch auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen. Sie wirkte allerdings auch, das wird nur am Rande angesprochen, als ein Versuch von Monarchen, ihre Wegstrecken an der Seite Napoleons auszublenden. Die Diskussion über die Heilige Allianz auf eine neue Ebene zu heben, ist ein Verdienst dieses Buches.

Dieter Langewiesche

Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.), Vertrauensfragen: Der Anfang der Demokratie im Südwesten 1918–1924. Katalog zur Großen Landesausstellung 2018/2019, Stuttgart: Haus der Geschichte Baden-Württemberg 2018. 206 S. ISBN 978-3-933726-58-2. € 21,90

Landesmuseen sollen nicht nur Regionalidentität und Landesbewusstsein schärfen, sondern Landes-, Kultur-, Sozialpolitik durch räumliche Konkretisierung in Beziehung setzen und anschaulich machen, aber auch Fragen aufnehmen, die Gesellschaften umtreiben können. Sie wollen das Gespür für die Geschichte des unmittelbaren Lebensraumes stärken und Neugier wecken. Vielleicht gelingt es auf diese Weise in Zeiten, die den Begriff der „Heimat“ wieder „ministeriabel“ machen, Herkunft neu zu konturieren, sogar Landesbewusstsein zu schaffen. Politiker sprechen gern von Identitätsbildung oder beschwören gar Leitkulturen, die an zentrale Werte des politischen Zusammenlebens gebunden werden. Das Bekenntnis zu diesen Werten gilt heute unwidersprochen. Leicht gerät aber in den Hintergrund, dass die beschworenen Verfassungswerte das Ergebnis historischer Entwicklungen sind und sich in der Regel in politischen Umbrüchen herausbilden. Hier setzt die große Landesausstellung des Landes Baden-Württemberg an, wenn sie nicht nur die Geschichte der Revolution von 1918/1919 vor Augen führt, sondern fragt, wie sich aus dem Umbruch der monarchisch geprägten, allerdings durchaus widersprüchlichen Welt des 19. Jahrhunderts eine neue politische Ordnung herauschälte.

Im Zentrum von Ausstellung und Begleitkatalog geht es um die existenzielle Herausforderung der Übergangsgesellschaft zwischen Weltkriegsende, Sturz der Dynastien und Republik und zugleich um Grundprobleme politischer Neuorientierung, die das 20. Jahrhundert belastet haben und bis in unsere Gegenwart Nachwirkungen entfalten. Der Titel „Vertrauensfragen“ mutet zunächst rätselhaft an und klärt sich rasch durch das Angebot

denkbar breiter thematischer Vielfalt, die durch vielschichtige Gruppierung der Deutungen und Erklärungen geradezu pointilistisch ankommt und sich rasch zu einem Ganzen fügt, mehr noch: Es wird deutlich, dass sich historische Meistererzählungen der bis 1924 ausgeweiteten Umbruchzeit verbieten. Das integrale Konzept der Ausstellung spiegelt so das Geschichtsbild einer pluralistischen Gesellschaft, die die Weimarer Republik sein wollte, und die Erfahrungshorizonte und -hintergründe einer sich rasch weiter differenzierenden Gesellschaft, die kein einheitliches Geschichtsbild schaffen, sondern nur viele Erinnerungsbezüge zusammenführen konnte.

Diese Deutung sollte der Betrachter der Ausstellungsobjekte und der Leser des Begleitbuches als Versuch begreifen, sich pluralistische Geschichtsdeutungen zu erarbeiten und diese zu präsentieren, mithin mit der Vielfalt von Ereignissen und Entwicklungen eine offene historisch-politische Konstellation vor das Auge zu stellen. Verstärkt wird das durch die im Katalog nur knapp angesprochene Gestaltung (S. 8 ff.), die – und das kann sich im Katalog nicht niederschlagen – die Ausstellungsbesucher zu politischen Stellungnahmen ermuntert.

Nur auf den ersten Blick schließt die Stuttgarter Ausstellung zeitlich und thematisch an die Epoche an, die in der Karlsruher Ausstellung „Demokratie wagen?“ behandelt wurde. Sie wählt einen Zugang, der zeitspezifische Ereignisse und Entwicklungen mit politisch-kulturellen und sozialgeschichtlichen Fragestellungen verbindet. Wenn der scheidende Direktor des Hauses Thomas Schnabel ankündigt, die Landesausstellung beabsichtige nicht, alles aus dem Blickwinkel des Scheiterns der „Weimarer Republik“ 1933 zu erklären, knüpft er noch einmal an Fragestellungen und Deutungen seiner grundlegenden eigenen Arbeiten zur Geschichte des deutschen Südwestens nach 1918 an. Publikationen zur Revolutionsgeschichte und zur Geschichte der Weimarer Republik machen deutlich, dass wir diese Fixierung auf das Scheitern der Republik längst modifiziert haben und in Verfassung und Weimarer Republikgeschichte auch viele Neuansätze, Chancen und Leistungen zu würdigen wissen.

Das Begleitbuch, für das neben Schnabels Nachfolgerin Paula Lutum-Lenger und ihr Team Christopher Dowe und Franziska Dunkel verantwortlich zeichnen, beleuchtet im ersten Abschnitt die Voraussetzungen und Entstehungsumstände der ersten deutschen Republik als Belastungsfaktoren, begnügt sich aber nicht mit diesem reduktionistischen Blick, sondern spiegelt die Absicht, Offenheit, Chancen und Erfolge der ersten deutschen Demokratie sichtbar zu machen. Das geschieht in 35 Kapiteln, die einesteils bekannte und vertraute, in der Mehrzahl aber überraschende Aspekte erschließen. Die Ausstellung selbst will nicht nur Zusammenhänge herstellen, sondern auch die Betrachter einladen, Parallelen zu ziehen, sich nicht zuletzt von ihrer Gegenwart anregen zu lassen. In seiner Jugenderinnerung hat Hermann Heimpel als die wichtigste Aufgabe und Chance des Museums benannt, Zusammenhänge herzustellen. In diesem Sinne lässt sich der Versuch, „Vertrauensfragen“ zu thematisieren, als Einladung und Aufforderung verstehen, weitere der Themenstränge in anderen regionalen oder örtlichen Konstellationen zu verfolgen.

Es gelingt den Kuratoren auf eine anregende Weise, Grundfragen der modernen Demokratie, des Mit- und Gegeneinanders und des nicht selten mühsamen Zusammenlebens und gefährdeten Zusammenhalts aufzugreifen und so Begleitbuch wie Ausstellung zum Exempel politischer Bildung im Museum zu machen. Wer keine Bereitschaft zeigt, sich auf das phantasievolle Konzept und essayistische Darstellungsformen einzulassen, wird ein wenig fremdeln; wer aber bereit ist, Parallelen zu ziehen, Analogien zu wagen, also Vergangenheit

unter dem Gesichtspunkt der Gegenwart zu bewerten, wird viele der angebotenen Anregungen aufgreifen und als Einladung zum historischen Nachdenken verstehen und nutzen. Insgesamt wird die Geschichte der Weimarer Republik auf eine innovative Weise visualisiert, die in die politischen und kulturellen, sozialen und landeshistorischen Probleme einführt und zugleich jeglichen Eindruck eines retrospektiven Besserwissens vermeidet.

So wird von Lutum-Lenger ein Konzept umgesetzt, das Museen als „Mitgestalter von gesellschaftlichen Prozessen“ (S. 11) versteht; Ausstellungen seien deshalb „unverzichtbar für die Selbstreflexion einer demokratischen Gesellschaft“ (ebd.). Wie Paula Lutum-Lenger reflektieren die Kuratoren Franziska Dunkel und Christopher Dowe eine zentrale, vielleicht sogar eine entscheidende Fragestellung politischer Verständigung: „Was schafft Vertrauen?“ Ausgehend von dem Scheitern des Kaiserreiches, das die Kuratoren als „Vertrauenskrise“ deuten, erinnern sie an konkrete Voraussetzungen und Umstände der Revolution, illustrieren den „verdeckten Militärstreik“ von etwa 350.000 desertierten Soldaten (S. 23) und rücken zugleich örtliche Entwicklungen wie die Revolution in Waldkirch, Bruchsal und Karlsruhe in den Blick. Sie deuten die württembergische Revolution als Ausdruck einer sich ausbreitenden Unzufriedenheit und Sogstimmung, dramatisieren im Vergleich zu den norddeutschen und Berliner Revolutionen nicht und greifen zugleich witzig anmutende landeshistorische Anekdoten auf, die den Verlauf der Revolution in Stuttgart charakterisieren sollen.

Die Beantwortung der Vertrauensfrage wird zum einen systematisch angegangen, zum anderen historisch illustriert. „Teilhabe“ im Sinne der Partizipation, „Sicherheit“ als Ausdruck fragiler politischer Verhältnisse zwischen Demobilisierung und Umsturzvorbereitungen der Linken und der Rechten; „Zusammenarbeit“ als – nicht zuletzt – sozialpolitische Aufgabe stehen neben der Notwendigkeit, in der sich zum Pluralismus bekennenden Weimarer Demokratie „Vielfalt“ von Gruppen, Parteien, Konfessionen zu akzeptieren. Mit dem Begriff der „Zugehörigkeit“ wird die Notwendigkeit der „Solidarität“ angesichts der Vertreibungen, der gegensätzlichen Erfahrungen der Weltkriegsgeneration und der beginnenden Ausgrenzung der Juden angesprochen. Schließlich geht es im letzten Abschnitt um mehr als um „Glaubwürdigkeit“, denn im „Vertrauen“ zu Politikern schlägt sich sowohl das Staatsverständnis als auch das Verfassungsbewusstsein und nicht zuletzt die Kraft und der Willen zur Respektierung des Andersdenkenden – trotz sozialer Verwerfungen durch die Hyperinflation – nieder.

Jedes Hauptkapitel wird durch eine Fülle von Beispielen nicht nur illustriert, sondern inhaltlich gefüllt. Die Essays spiegeln den Stand historisch-politischer Kulturforschung. Sie lassen sich als landes- und lokalhistorische Kabinettstückchen begreifen, die immer auf der Höhe des Forschungsstandes sind, sich dabei von zeitursprünglichen Texten und Dokumenten anregen lassen und so zum Kern der historischen Probleme dieser sechs Jahre zwischen Revolution und überwundener Hyperinflation vordringen. In diesem Zugang, der im Besonderen das Allgemeine aufscheinen lässt, liegt das Kennzeichnende und das Anregende dieses Zeitbildes, das Fragen in das Zentrum rückt, die den gemeinsamen Bezugspunkt in der Erklärung bröckelnden und schließlich bekämpften Zusammenhalts berühren.

So bekennen sich die Kuratoren entschiedener als in den vorangegangenen Ausstellungen und Begleitbüchern zum aufklärerischen Anspruch des Museums in unserer konfliktreichen Gegenwart. Sie orientieren sich an der Kategorie des Vertrauens, die vor allem durch die Berliner Sozialhistorikerin und Bildungsforscherin Ute Frevert zu einem Leitbegriff historisch-politischer Bildung gemacht werden konnte. In der politischen Bildung spielte der

Begriff bereits in den fünfziger Jahren eine wichtige Rolle und begründete sich dabei aus der Erfahrung einer gescheiterten Weimarer Republik. Mir fiel in diesem Zusammenhang das Thema einer Abituraufgabe im Fach Deutsch aus den fünfziger Jahren ein: „Kritik am Staat, das steht Dir zu, doch denk daran, der Staat bist Du!“ Wie befreiend war hingegen der Hinweis des ebenso geachteten wie geliebten Geschichtslehrers, der stattdessen an Jefferson erinnerte und uns Schüler auf den „langen Weg“ setzte, der „nach Westen“ führte. „Vertrauen“ sei „allenthalben der Erzeuger des Despotismus. Eine freie Regierung ist auf Argwohn, nicht auf Vertrauen gegründet“. Wir lernten: Misstrauen gegenüber den Herrschenden sei das Grundelement der Demokratie, hingegen sei Demokratie nur dann stabil, wenn man denen, die Nachbarschaft und Gesellschaft bildeten, Vertrauen entgegenbringen könne und wolle. So gelang es schon vor mehr als einem halben Jahrhundert, unter dem Eindruck der zweiten Nachkriegszeit die Entstehungsgeschichte der Weimarer Republik als Prozess zu sehen, der von der deutschen Gesellschaft verlangte, ihre Ziele auf ungewohnte Weise auszuhandeln, ihre Probleme gemeinsam anzugehen und einen Grundkonsens zu suchen, der Basis eines demokratisch legitimierten Ringens um die Zukunft sein sollte.

So gesehen, bleibt die Auseinandersetzung mit „Vertrauensfragen“ immer auch ein Versuch, den Frontstellungen und Verwerfungen unserer Zeit mit Fake News, getwitterten Kurztexen und dem Verzicht auf die Klärung von Kontroversen im Disput über gesamtstaatlich akzeptierte Ziele etwas entgegenzusetzen und der Vergiftung der öffentlichen Meinung durch ein mit verwerflichen Mitteln erzeugtes Misstrauen zu entgegen. Die Weimarer Republik erarbeitete bis 1924 trotz aller Krisen und Gefährdungen, die sich in Württemberg weniger gewaltsam und gefährlich darstellten als in Norddeutschland und Berlin, vielversprechende, geradezu hoffnungsvolle Ausgangspositionen. Und doch ist zu erahnen, dass bereits in den Jahren 1918 bis 1924 die politischen Gegner, die sich als Feinde empfanden, eine schließlich verhängnisvoll lähmende Tendenz zur destruktiven Partizipation verstärkten. Es gelang nicht, einen auf die Verfassung gestützten Grundkonsens herauszubilden. Auf dieses Scheitern „einen neuen Blick“ gerichtet zu haben (wie das neue Motto des Hauses der Geschichte in Stuttgart lautet), ist jedenfalls gelungen. Peter Steinbach

### *Rechts- und Verfassungsgeschichte*

Karl UBL, Sinnstiftungen eines Rechtsbuchs. Die Lex Salica im Frankenreich (Quellen und Forschungen zum Recht im Mittelalter, Bd. 9), Ostfildern: Jan Thorbecke 2017. 316 S. ISBN 978-3-7995-6089-4, Hardcover € 39,-

Die Lex Salica wurde vor der fränkischen Eroberung Galliens aufgezeichnet. Unter den vielen Kodifikationen im Bereich des ehemaligen Weströmischen Reichs ist sie vom römischen Recht fast vollständig unberührt geblieben. Trotzdem blieb sie über Jahrhunderte „ein zentraler Bezugspunkt fränkischer Identität“ und wurde vom 6. bis ins 9. Jahrhundert in mindestens fünf Redaktionen bearbeitet. Mit fast 90 Handschriften ist sie das am häufigsten überlieferte weltliche Rechtsbuch. Ihre Bedeutung verlor sich mit dem Ende des Karolingerreichs nicht, sondern hat weiter gewirkt.

Der Verfasser widmet sich im ersten Kapitel, ausgehend von dem Angriff Simon Steins auf die Echtheit der Lex Salica, der Entwicklung der Forschung seit dem 16. Jahrhundert. Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Frage „Warum Barbaren Gesetze erlassen“. Bereits zu Beginn des 5. Jahrhunderts machte sich in Gallien ein Kulturgefälle zwischen